



Keupers

kritischer

Kommentar

03-02-2018

März 2018

Generalangriff auf Gewerkschaften.

So lautet die Überschrift eines Artikels von Anne-Beatrice Clasmann und Martin Fischer in der Allgemeinen Zeitung vom 12. März, mit dem Untertitel: „Betriebsräte: Neue Rechte hat einen neuen Weg gefunden, um ihren Einfluss zu verstärken“.

Die Autoren schreiben weiter: „Nichts weniger als einen Generalangriff auf das Monopol der großen Gewerkschaften verspricht Oliver Hilsburger der Menge bei der Pegida-Kundgebung vor dem Dresdner Hauptbahnhof. Der Daimler-Betriebsrat ist die Speerspitze der Neuen Rechten auf dem Weg in den vorpolitischen Raum der Arbeitnehmervertretungen“.

Erfolge der Rechten bei den Mercedes-Betriebsratswahlen.

In dem Daimler-Werk in Stuttgart-Untertürkheim haben die Kandidaten der rechtspopulistischen Liste „Zentrum-Automobil“ um den oben genannten Oliver Hilburger, bei den Betriebsratswahlen vor einigen Tagen ihren Einfluss weiter ausbauen können. In dem Betriebsrat des Mercedes-Stammwerkes stellen sie nunmehr 6 von insgesamt 47 Betriebsräten, das sind 2 mehr als bisher. Bei einer Wahlbeteiligung von 63,2 Prozent erreichte die Liste „Zentrum-Automobil“ in etwa 1800 Stimmen, das waren ca. 13,2 Prozent der abgegebenen Stimmen, bei einer Gesamtbelegschaftsgröße von etwas über 22.000 Beschäftigten. Die große Mehrheit der Stimmen jedoch erhielt die Liste der IG Metall, die 37 der insgesamt 47 Betriebsräte stellt.

In den anderen Werken des Automobil-Konzerns konnte die rechtspopulistische Liste bei den Betriebsratswahlen auch Sitze in diesen Gremien gewinnen. In Sindelfingen 2 und in Rastatt 3.

Die Erfolge der Rechten halten sich somit noch in Grenzen, jedoch müssen wir erkennen, dass diese rechte Gewerkschaft sich noch im Aufbau befindet, dass eine notwendige Logistik und Infrastruktur noch nicht so vorhanden ist. Oliver Hilburger verkündet daher auch für die Zukunft: „Bundesweit treten heute nur einige Hundert Kandidaten für diese alternative Gewerkschaftsbewegung an, doch ich verspreche Euch, in vier Jahren werden es Tausende sein!“

Fast jeder sechste DGB-Betriebsrat wählte die AfD.

Doch in einem Gespräch mit dem Spiegel glaubt der Jenaer Gewerkschaftsforscher Klaus

Dörre, dass nicht die expliziten rechten Kandidatenlisten die Gefahr für die sozialen, freiheitlichen und demokratischen DGB-Gewerkschaften sind, sondern, „die eigentliche Gefahr für die Gewerkschaften drohe mehr von Innen, denn etliche Betriebsräte bekennen sich offen zu politischen Aussagen der AfD.“

Und wenn man dann noch liest, dass laut Wahlanalysen 15 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder bei der Bundestagswahl im September des Vorjahres ihre Stimme der AfD gegeben haben, in Ostdeutschland waren es gar 22 Prozent, dann muss man befürchten, dass die Gewerkschaften in unserem Land scheinbar nach und nach rechtslastig unterwandert werden könnten.

Wobei viele dieser 15 Prozent im täglichen Leben engagierte und solide Gewerkschafter, in ihrem Unternehmen vorbildliche Betriebsräte sind, die sich für die Belange der Arbeitnehmer mit Vehemenz einsetzen, denen man überhaupt nichts vorwerfen kann. Sie verzweifeln vielmehr daran, dass die Politik, die Politiker nicht die Probleme, die Ängste der Schaffenden zur Kenntnis nehmen. Die Probleme wie Überlastung und Stress bei der Arbeit, die Ängste vor Rationalisierung und Verlust des Arbeitsplatzes, vor unzureichender Rente und weiteren Abbau der sozialen Sicherungssysteme. Und sie sind enttäuscht, dass nicht wie erwartet, die linke Politik sich für ihre Belange einsetzt, sie schützt.

Auf die Frage des Interviewers im zuvor genannten Spiegel-Gespräch: „Haben die Gewerkschaften also versagt?“, antwortete der Sozialwissenschaftler Klaus Dörre: „Es wäre falsch auf die Gewerkschaften einzuprügeln. Die Gewerkschaften sind die einzigen zivilgesellschaftlichen und demokratischen Organisationen die die Arbeiter überhaupt noch erreichen!“

Diese Aussage spiegelt die außerordentliche Situation wieder, in dem die demokratischen Parteien, insbesondere die Sozialdemokraten sich zurzeit befinden, der mangelnde Kontakt zu den Menschen draußen im Land, das fehlende Wissen über das, was diese Menschen wirklich bewegt.

Das ist wohl ein Grund warum gerade die Arbeiterklasse überproportional die AfD wählt und weniger die sogenannten Arbeiterparteien des linken Ufers. Bei der Bundestagswahl wählten nach Infratest-dimap 21 Prozent die AfD, die SPD erhielt 23 Prozent, und bei den Landtagswahlen im Jahre 2016 im wirtschaftsstarken Baden-Württemberg stimmten 30 Prozent für die AfD und nur 13 Prozent für die SPD. Auch in Sachsen-Anhalt wurde von den Arbeitern bei der Landtagswahl 2016 die AfD mit 35 Prozent gewählt und in Mecklenburg-Vorpommern mit 33 Prozent, während die SPD nur 10 bzw. 27 Prozent erzielte. Zahlen die zum Nachdenken zwingen!

Die Veränderungen im täglichen Alltag verunsichern die Menschen.

Wir leben in einer Zeit großer Veränderungen. Die Ergebnisse, die Folgen der Globalisierung, die zu erwartenden Veränderungen durch die fortschreitende Digitalisierung in der Arbeitswelt und in unserem täglichen Leben, aber auch die immer fortschreitende Differenz von Einkommen und Vermögen in unserer Gesellschaft, der stetig erkennbare Mangel einer notwendigen sozialer Absicherung der Menschen, beschleunigt die Sehnsucht der arbeitenden Bevölkerung nach verstärkter Sicherheit, nach Erhalt des mühsam Erreichten. Eine Reaktion auf diese Ängste sind Rückbesinnung auf vergangene Zeiten, wo

es vermeintlich einem gefühlt besser erging, wo nationales Denken das Fundament des Gelingens, des wundersamen Aufbaues und des wachsenden Wohlstandes war. Damit verbunden ist ein Vertrauensverlust in das demokratische Versprechen von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität, von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Die Regierenden sprechen und schreiben viel über wirtschaftlicher Stärke und von Wachstum, auch vom Wohlstand und Lebensqualität, doch gleichzeitig liest man von wachsender Ungleichheit, von Armut in einem reichen Land, von Kindern, die in Armut aufwachsen, von Rentnern die von ihrer Rente kaum leben können und von immer mehr Menschen, deren Lebensqualität als solche nicht angesprochen werden kann.

Diese Entwicklung in unserem Lande ist der Stoff, aus denen der Wille entsteht, dass es Zeit ist radikal umzusteuern und als Antwort die Rechtspopulisten zu wählen, genau, wie es einst am Ende der Weimarer Republik geschehen ist. Wenn der soziale, demokratische Staat seine Versprechen nicht einlösen kann, wählen die Menschen eben die nationalsoziale Alternative.

Nicht über die AfD sprechen, sondern die Sorgen der Menschen ernst nehmen.

Die demokratischen Kräfte im Lande müssen endlich die Zeichen der Zeit wahrnehmen und entsprechend gegensteuern. Denn es ist höchste Zeit die Gefahren für eine freiheitliche und soziale Demokratie zu erkennen und sich progressiv solchen national-völkischen Entwicklungen entgegenzustellen. Wir müssen sehen, dass die neoliberale Politik wie bisher die Demokratie zerstören wird, dass eine alternativlose marktkonforme Demokratie nur eine Demokratie für wenige Wohlhabende und Reiche ist, dass eine weitere Privatisierung von staatlichen und sozialen Aufgaben, die Zerstörung unseres gesellschaftlichen Miteinanders zur Folge hat. Wir brauchen in einer Demokratie das Zusammenwirken, das Zusammenstehen von den Bürgerinnen und Bürgern und den politisch Handelnden. Doch darum müssen alle, Bürgerinnen und Bürger, sowie die Politik, sich stärker bemühen.

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 15. März 2018,

Heinrich Keuper